

# Gegenwind für Lehrplan-Gegner

**Bildung** Im Thurgau und in Schaffhausen sind die Gegner des ersten gemeinsamen Lehrplans aller deutsch- und mehrsprachigen Kantone an der Urne deutlich gescheitert. Erlahmt jetzt der Widerstand?

VON DENNIS BÜHLER

Rückenwind für den umstrittenen Lehrplan 21: Das versprechen sich Deutschschweizer Erziehungsdirektoren nach dem klaren Volksverdict in zwei nördlichen Kantonen. 70 Prozent der Schaffhauser und 75 Prozent der Thurgauer Stimmbevölkerung sagten am Sonntag Nein zu Initiativen, die den Lehrplan dem Volk respektive dem Kantonsparlament zur Abstimmung hätten vorlegen wollen. In beiden Kantonen sprach sich keine einzige Gemeinde für das Vorhaben aus.

«Ich bin positiv überrascht», sagt Christoph Eymann, Basler Bildungsdirektor und Präsident der Konferenz der

kantonalen Erziehungsdirektoren. «Die Resultate haben Signalwirkung: Offensichtlich ist die Bevölkerung gegen eine Verpolitisierung des Lehrplans.» Mit jedem Kanton, der sich für den Lehrplan ausspreche, stiegen die Kosten für Kantone, die ausscherten, so der Nationalrat der Liberal-demokratischen Partei.

## Regierungsräte helfen einander

An eine Signalwirkung glaubt auch die Thurgauer Erziehungsdirektorin Monika Knill. In mehreren Kantonen hätten Stimmberechtigte in den vergangenen Monaten den bisherigen Entscheidungsträgern - ihren Regierungen - das Vertrauen ausgesprochen, sagt die SVP-Politikerin. «Gleichzeitig wurde damit auch den Lehrpersonen der Rücken gestärkt, damit sie ihre anspruchsvolle Aufgabe weiterhin professionell wahrnehmen können.»

Als Nächste befinden am 12. Februar die Aargauer Stimmberechtigten über den Lehrplan 21, im Mai folgen die Solothurner. Die Bildungsdirektoren Alex Hürzeler und Remo Ankli hätten erleichtert auf die beiden Abstimmungsergebnisse vom Sonntag reagiert, erzählt

Christian Amsler, Schaffhauser Bildungsdirektor und Präsident der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren. In den anstehenden Abstimmungskämpfen werde er seinen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen, so der Freisinnige. «Bildung ist unser Business. Also sollten wir wissen, dass man voneinander lernen kann - und tun es auch.» Mit seinen Kollegen tausche er unter anderem Argumentarien und Satzbausteine für Leserbriefe sowie Ideen und Slogans für Plakate und Flyer aus.

## Wechseln Gegner die Strategie?

Während die Erziehungsdirektoren frohlocken, lecken die Lehrplan-Gegner ihre Wunden. «Wir müssen über die Bücher», sagt Alain Pichard, eines ihrer prominentesten Aushängeschilder. «Wenn noch mehr Initiativen hochkant abgelehnt werden, laufen wir Gefahr, dass die Promotoren des Lehrplans überborden und glauben, sie könnten uns gegenüber gemachte Zugeständnisse widerrufen», so der Sekundar- und Reallehrer im bernischen Orpund und GLP-Politiker im Bieler

Stadtparlament. Die Strategie, Lehrpläne vors Volk oder wenigstens kantonale Parlamente bringen zu wollen, sei gescheitert. «Vielleicht sollten wir stattdessen einzelne Auswirkungen des Lehrplans attackieren: die Bildung von Sammelfächern, das Frühfranzösisch oder die hohen Ausgaben, die in der Bildungsbürokratie versanden.»

Nicht von ihrem Konzept abrücken will hingegen das Komitee, das als Nächstes auf die Barrikade geht. «Wir wollen aufzeigen, warum die «Kompetenzorientierung» des Lehrplans 21 schadet», sagt die Aargauer Primarlehrerin und Heilpädagogin Elfy Roca. Ihrer Meinung nach lassen sich die Abstimmungen in den verschiedenen Kantonen primär hinsichtlich der Strategie der Lehrplan-Befürworter vergleichen. «Wie im Thurgau scheinen sie auch im Aargau einen sehr polemischen Abstimmungskampf führen zu wollen», sagt sie. «Bereits diffamierten uns Vertreter des Lehrerverbands an einem Podium als «Verschwörungstheoretiker». Sie spielen auf die Person, um einer inhaltlichen Diskussion aus dem Weg zu gehen.»

## Bundesstrafgericht

### Zweiter Anlauf für Parmalat-Prozess

Nach einem über dreimonatigen Unterbruch ist gestern vor dem Bundesstrafgericht ein Nebenprozess in der Parmalat-Affäre wieder aufgenommen worden. Dem angeklagten italienischen Ex-Kadermitglied der Bank of America wird schwere Geldwäscherei, wiederholte Urkundenfälschung und Bestechung vorgeworfen. Im Gegensatz zu der im August angesetzten Verhandlung erschien der 52-jährige Angeklagte gestern im Gerichtssaal in Bellinzona. An der Einschätzung seines Anwalts vom August änderte sich dagegen nichts: Sein Mandant leide weiterhin unter psychischen Problemen, weshalb dieser nicht verhandlungsfähig sei. Der Richter wollte diese Einwände jedoch nicht gelten lassen, worauf die Verhandlung regulär fortgesetzt werden konnte. Damit sorgte der Richter auch indirekt dafür, dass nicht noch weitere dem Ex-Banker zur Last gelegten Straftaten verjähren. Allein zwischen der ersten Vorladung im August 2016 und der Wiederaufnahme im November haben laut der Bundesanwaltschaft 64 Taten die Verjährungsfrist erreicht.

Die Bundesanwaltschaft hatte im Mai 2015 Anklage erhoben. Sie wirft dem 52-Jährigen schwere Geldwäscherei, wiederholte Urkundenfälschung und Bestechung vor. Der in Italien wohnhafte Beschuldigte soll von 2000 bis 2004 hauptsächlich in den Kantonen Tessin und Graubünden sowie im Fürstentum Liechtenstein Gelder von rund 52,5 Millionen Franken gewaschen haben. (SDA)

## Bern

### Teuscher und Wyss lassen sich Zeit

Die Stichwahl um das Berner Stadtpräsidium stellt zwei Frauen vor eine knifflige Aufgabe. Ursula Wyss (SP) und Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) müssen bis Donnerstag entscheiden, ob sie ihre Kandidatur aufrechterhalten. Beide träumten davon, Alexander Tschäppät (SP) zu beerben. Doch das beste Resultat erzielte am Sonntag Alec von Graffenried vom Bündnispartner Grüne Freie Liste (GFL). Niemand zweifelt daran, dass er im Rennen ums Stadtpräsidium bleibt. Wyss benötige noch ein wenig Bedenkzeit, erklärte die SP-Spitze. Den Entscheid werde sie wohl am Mittwoch bekannt geben. Die SP werde die Zeit nutzen, um weitere Gespräche mit den Bündnispartnern Grünes Bündnis und Grüne Freie Liste zu führen. (SDA)

**Kür für den Präsidenten** Weder Streichquartett noch Alphorntrio: Für den gestern gewählten neuen Nationalratspräsidenten Jürg Stahl (SVP ZH) marschierte die Kunstturn-Elite in den Nationalratssaal und zeigte ihr Können am Pauschenpferd (im Bild Eddy Yusuf). Denn Stahl war am Wochenende auch zum Präsidenten von Swiss Olympic gewählt worden. Zum höchsten Schweizer wurde Stahl mit 157 von 172 gültigen Stimmen gewählt. Zum Ständeratspräsidenten wurde Ivo Bischofberger (CVP AD) gewählt. FOTO: KEYSTONE



# Ständerat unterstützt Eltern

**Kinderbetreuung** Bund soll 100 Millionen Franken zum Ausbau von Betreuungsstrukturen finanzieren.

VON ANNA WANNER

Seit Jahren spricht Bundesbern von der Fachkräfteinitiative, von einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Jetzt, da der Bundesrat seinen Worten endlich Taten folgen lassen wollte, haben die bürgerlichen Parteien auf einmal kalte Füsse gekriegt: Die vorbereitende Kommission des Ständerats empfahl Anfang Monat eine Vorlage überraschend zur Ablehnung, welche vielen Eltern den Zugang zum Arbeitsmarkt hätte erleichtern sollen.

Gestern gelang es der SVP, der FDP und einzelnen Exponenten der CVP nicht, das Plenum von den Nachteilen zu überzeugen. Namentlich die Familienpartei hat sich auf ihr Kernthema zurückbesonnen und den Absturz der Vorlage verhindert. Mit 24:19 Stimmen entschied der Rat, 100 Millionen Franken in Kantone und Gemeinden zu investieren, um erstens die Kosten für Eltern zu senken, die Kinder ausserfamiliär betreuen lassen. Diese sind je nach Kanton sehr hoch. Ein Kind dreieinhalb Tage in der Woche in fremde Hände zu geben, kostet rund 2400 Franken pro Monat. In Zürich zahlen die Eltern zwei Drittel davon, in der Waadt gut 40 Prozent. «Viele Eltern entscheiden sich aus ökonomischen Gründen, nicht zu arbeiten», monierte Sozialminister Alain Berset. Das müsse sich ändern. Zumal in Nachbarländern der Elternanteil mit 14 bis maximal 25 Prozent deutlich tiefer liegt. Der Bundesrat will deshalb mit 83 Millionen Franken die Kinderbetreuung stärker subventionieren.

Zweitens soll das Betreuungsangebot erweitert werden, um es besser auf die Bedürfnisse (unregelmässig) arbeitender Eltern abzustimmen. Pflegerinnen und Kellner sollen ihre Kinder nicht nur von 7 bis 18 Uhr in Obhut geben können, sondern auch am Abend, am Wochenende oder wenn alle anderen in den Ferien sind. Für diesen Ausbau sind 14 Millionen Franken vorgesehen.

**Keine Fundamentalopposition** Ironischerweise ist der Wille, das hiesige Arbeitskräftepotenzial besser auszuschnöpfen, sehr breit gestreut. Die Gegner wehrten sich denn auch nicht per se gegen bessere Betreuungsange-

bote. Sie hinterfragten vielmehr den Handlungsbedarf. Einerseits seien mit der seit 2003 laufenden Anschubfinanzierung bereits über 53 000 neue Betreuungsplätze geschaffen worden. Andererseits plane der Bundesrat neue steuerliche Entlastungen für Eltern: Auf Bundesebene sollen sie für Kinderbetreuung bis 25 000 Franken von den Steuern abziehen dürfen, im Kanton bis 10 000 Franken. Eine entsprechende Vorlage wird im Frühjahr erwartet.

Für eine Minderheit reichten diese Massnahmen. «Die Erwerbstätigkeit bei Haushalten mit Kindern ist fast gleich hoch wie bei Haushalten ohne Kinder», sagte Ruedi Noser (ZH/FDP). «Die Wahlfreiheit, ob Eltern arbeiten wollen, ist also gegeben.» Pascale Bruderer (AG/SP) widersprach. Sie komme aus einem Kanton, wo die Betreuungsangebote sehr unterschiedlich ausgestaltet seien. «Viele Eltern haben eben die Wahlfreiheit nicht.» In diesem Punkt sei die Politik sehr weit von der Lebensrealität vieler Familien weggerückt. Der Rat müsse die Massnahmen zumindest diskutieren. Das wird er aber erst im nächsten Jahr tun. Ob die Massnahmen angesichts des steigenden Spardrucks auch dann noch Mehrheiten finden, steht indes auf einem anderen Blatt.

# Keine Aufweichung der Schuldenbremse

**Nationalrat** Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse soll nicht auf Gesetzesweg geändert werden können. Der Rat hat eine entsprechende Kommissionsmotion überwiesen.

Beim ersten Geschäft der Wintersession im Nationalrat fand der Luzerner FDP-Finanzpolitiker Albert Vitali klare Worte, was eine mögliche Aufweichung der Schuldenbremse betrifft. «Es wäre gefährlich, die Tür nur einen Spalt weit zu öffnen.» Der Schritt zurück zur Schuldenwirtschaft der Neunzigerjahre sei nicht weit. Der Bund sitze noch immer auf einem Schuldenberg von über 100 Milliarden Franken. «Die Gefahr besteht, dass dieser wieder anwächst», sagte Thomas Aeschi (SVP/ZG). Mit der Schuldenbremse könne der heutige Fehlbetrag in kleinen Schritten abgebaut werden.

Gegen die Motion sprachen sich die Vertreter von SP, Grünen, GLP und ei-

ne Mehrheit der CVP aus. Nach einer Reihe von Jahren mit Überschüssen wird von dieser Seite der Ruf nach einer Lockerung der Schuldenbremse laut. Für Jean-Paul Gschwind (CVP/JU) geht es keinesfalls darum, das finanzpolitische Instrument ganz auszuhebeln, wie er im Rat sagte. Es brauche aber einen flexibleren Umgang mit Überschüssen. Die Motion verfolge das gegenteilige Ziel: eine Zementierung des Schuldenabbaus. Dieser dürfe aber nicht um jeden Preis erfolgen, sagte der Solothurner SP-Finanzpolitiker Philipp Hadorn. «Wir dürfen nicht einfach Gelder anhäufen und Fehlprognosen an den Tag legen.»

Auch der Bundesrat zieht zumindest in Betracht, die Regeln der Schuldenbremse anzupassen. Bis Ende Jahr will die Regierung in einem Bericht darlegen, ob Überschüsse unter Umständen für andere Zwecke als die Schuldenreduktion verwendet werden könnten. Laut Finanzminister Ueli Maurer hat der Bundesrat den Bericht noch nicht zur Kenntnis genommen. «Wir denken nicht daran, der Schuldenbremse in der Verfassung an den Kragen zu gehen», sagte er. (SDA)